agah
Landesausländerbeirat

agah • Kaiser-Friedrich-Ring 31 • 65185 Wiesbaden

Hessischer Landtag
Enquetekommission
Migration und Integration in Hessen
Postfach 3240
65022 Wiesbaden

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen -
Landesausländerbeirat

Geschäftsstelle:
Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611/98 99 5-0
Telefax: 0611/98 99 5-18
agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen" (EKM) – Sitzung 13.05.11/ Anhörung zum Thema "Medien und Integration"

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Banzer,

zu den vorgelegten Fragen möchten wir folgendes ausführen:

1. **Welche Medien nutzen Menschen mit Migrationshintergrund, und warum werden ggf. spezielle Medien (z. B. TV, Zeitungen, Internet) bevorzugt? Welchen Anteil haben hierbei ausländische oder fremdsprachliche Medien? Welche Unterschiede gibt es zur einheimischen Bevölkerung?**

2. **Wie nutzen Menschen mit Migrationshintergrund die Medien? Welche Unterschiede gibt es zur einheimischen Bevölkerung?**

7. **Inwieweit sind Menschen mit Migrationshintergrund in der Medienbranche repräsentiert? Gibt es hier Unterschiede zwischen TV, Hörfunk und Printmedien?**

Frage 7. soll aufgrund des Zusammenhangs bereits an dieser Stelle mit erörtert werden.

In einem demokratischen Staat sind Medien der Spiegel der Gesellschaft. Diese ist in Deutschland sehr vielfältig geworden und hinsichtlich der Mediennutzer hat sich ein Publikumswandel vollzogen. Dieser findet im angebotenen Programm selbst jedoch keine Entsprechung. Ein Programm für Menschen mit Migrationshintergrund darf nicht als Programm für Minderheiten verstanden werden, sondern als Programm, das sich an ein verändertes Publikum richtet. Die in diesem Zusammenhang notwendige interkulturelle Öffnung sollte als Prozess und als Chance begriffen werden.

Bankverbindung:
SEB Wiesbaden
Konto 103 197 3100
BLZ 510 101 11

Vor dem Hintergrund der herausragenden gesellschaftlichen Aufgabe der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Glaubens und in Anbetracht eines 25%igen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung ist es ein Gebot der Zeit, auf die Bedürfnisse aller Programmnutzer einzugehen und sie zu berücksichtigen. Reformprozesse sind im Hinblick darauf notwendig und unumgänglich.

Wie alle Mediennutzer zahlen auch Migrant/innen Gebühren für Radio und Fernsehen. Für die Gruppe der Mediennutzer mit Migrationshintergrund zeigt sich jedoch, dass sie verschiedene Medien nutzt und nur in geringerem Maß auf das deutsche Programmangebot zurück greift. Die Gestaltung eines Programms, das auch Migrant/innen anspricht und mit dem sie als Teilnehmer für die deutschen Radio- und Fernsehprogramme gewonnen werden können, ist daher wünschenswert. Dies beinhaltet auch, dass kulturelle Vielfalt und Unterschiede Teil der Normalität werden und sich so in allen Genres der Radio- und Fernsehprogramme wieder finden. Auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft muss stärker für diese Entwicklung sensibilisiert werden.

Für die Medienunternehmen ergeben sich als Konsequenz hinsichtlich ihres Angebotes strategische Fragen. Das Programmangebot sollte deshalb immer wieder kritisch darauf hin überprüft werden, ob es dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt oder ihn ggf. ignoriert. Der Medienforschung kommt dabei besondere Bedeutung zu, da sie die Mediennutzung beobachtet, Probleme analysiert und Überprüfungen vornimmt.

Migrant/innen werden in den Überlegungen für die Programmgestaltung oftmals nur unzureichend berücksichtigt, weil sich die veränderte, pluralistische Gesellschaft auf der Ebene der Programmverantwortlichen nicht abbildet. Dies führt auch dazu, dass die Auswahl der Programm- und Nachrichteninhalte die Interessen der Zuwanderer/innen nicht genügend einbezieht und sie deshalb für die Mediennutzung nicht genügend angesprochen werden.

Eine Möglichkeit, die Berücksichtigung der Interessen von Migrant/innen als Mediennutzer besser zu verwirklichen, ist die Einrichtung der Position einer/s Integrationsbeauftragten nach dem Beispiel des Westdeutschen Rundfunks. Diese Position existiert derzeit beim Hessischen Rundfunk nicht und die agah setzt sich seit langem dafür ein, dass sie auch dort eingerichtet wird. Aufgabe der/des Integrationsbeauftragten sollte unter anderem sein, Anstoß für Initiativen zu geben, in Zusammenarbeit mit der Programmplanung des Senders Modellvorhaben zu entwickeln als auch Maßnahmen und Schritte zur Umsetzung der Ziele aufzuzeigen. Die Funktion einer/s Integrationsbeauftragten beinhaltet allerdings noch weitere Tätigkeiten. Dies könnte zum Beispiel Medienforschung im Bereich der Mediennutzung von Migrant/innen, die Darstellung kultureller Vielfalt in den Medien oder die Förderung von Talenten bzw. Beschäftigung von Redakteuren mit Migrationshintergrund sein.

Letztlich ist auch im Bereich der Medien ressourcenorientiertes Arbeiten üblich und vorhandene interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/innen sollte genutzt werden. Dies schließt eine repräsentative Zusammensetzung einschließlich „sicht- und hörbarer Präsenz" als Moderatoren und Autoren ein. Auch ein adäquater Anteil von Protagonisten mit Migrationshintergrund sollte selbstverständlich sein (O-Töne, Sachverständige, Studiogäste, Fallbeispiel in Beiträgen) Gespräche der agah etwa mit Vertreter/innen des HR haben zwar die grundsätzliche Bereitschaft zu Veränderungen und Verbesserungen deutlich werden lassen. Dennoch ist Nachholbedarf weiterhin festzustellen.

3. Ist die Nutzung von bestimmten Medien von sozioökonomischen, kulturellen oder religiösen Verhältnissen bzw. Lebensweisen abhängig? Welche Unterschiede gibt es zur einheimischen Bevölkerung?

In ZDF und SWR bestehen Angebote, mit denen der Dialog zwischen den Religionen gestärkt, über den Islam informiert, religiöse Vorurteile bei Nichtmuslimen abgebaut und die Identifikation von Muslimen mit dem deutschen Medienangebot gefördert werden können. Diese Angebote sind ein richtiger und wichtiger Schritt.

In der religionspolitischen Debatte der Bundesrepublik Deutschland tritt die Inkompatibilität der islamischen Sozialstrukturen mit den religionsrechtlichen Traditionen in den Vordergrund. Da die deutsche Politik bei der Behandlung religionspolitischer Angelegenheiten an die Repräsentanz- und Organisationsstrukturen der beiden Großkirchen gewöhnt ist, fällt es ihr naturgemäß schwer, sich auf die andersartige soziale Verfasstheit des Islam in Deutschland einzustellen. Allerdings wird daran kein Weg vorbeiführen, weil das Grundgesetz und die Landesverfassung kein detailliertes Modell für die Organisationsform von Religionsgemeinschaften vorschreiben. Die Organisationsstrukturen islamischer Religionsgemeinschaften sind dennoch nicht so fremdartig als man gemeinhin annimmt. In der Bundesrepublik Deutschland sind diese meist nach dem Vereinsmodell ausgerichtet.

Dennoch besteht weiterhin die Notwendigkeit, in der Religionspolitik in Deutschland eine bessere Verständigung über mögliche Formen eines hiesigen institutionellen Islam zu entwickeln.

Seit April 2007 bietet der Südwestdeutsche Rundfunk seinen Internetnutzern monatlich das „Islamische Wort", eine Audio- und Textdatei, die sich an Muslime ebenso wie an Nicht-Muslime richtet und Glaubenszeugnisse, aber auch viele Informationen über den Islam bietet. Das ZDF richtete erstmals im Juli 2007 ein „Forum am Freitag" als Podcast und Videostream im Online-Angebot ein, das seit dem 10. August auch regelmäßig freitags um 20.45 Uhr im digitalen ZDF-Infokanal zu sehen ist. Inhalte der Beiträge sind die Lebenswirklichkeit der in Deutschland lebenden Muslime, ihre Sicht auf aktuelle Ereignisse, ihre Religion und ihr gelebter Glaube sowie Fragen der Integration.

Wenn die Wahrnehmung von Online-Angeboten auch ständig zunimmt, erreichen sie doch nur einen Teil der Mediennutzer. Auch die Verbreitung über Spartenkanäle wird nicht einen so weitreichenden Effekt haben, wie er angemessen und wünschenswert wäre. Notwendig ist daher ein Sendeformat an exponierter Stelle im Hauptprogramm. Mit der Entwicklung und Ausstrahlung einer eigenen Sendung, eines „Wortes am Freitag", das zunächst im Hessenfernsehen, perspektivisch bundesweit im Ersten Programm, ausgestrahlt wird, würde ein wesentlicher Beitrag für ein besseres Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen geleistet. Hier kann und sollte der Hessische Rundfunk eine Vorreiterrolle spielen.

Ein weiteres Anliegen ist die Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk und des Hessischen Gesetzes über den privaten Rundfunk, so dass die Aufnahme eines muslimischen Vertreters/einer Vertreterin in den Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks und die Versammlung der Landesanstalt für Privaten Rundfunk in Hessen möglich würde.

Von beidem sind wahrnehmbare positive Effekte auf das Mediennutzungsverhalten von Muslimen zu erwarten und der Nichtidentifizierung gerade von Muslimen mit deutschen Sendern könnte positiv entgegen getreten werden.

4. **Stellen sich die Medien auf Menschen mit Migrationshintergrund ein? Werden Migranten von den Medien erreicht? Gibt es ein spezielles (z. B. muttersprachliches) Angebot der deutschen Medien für Migranten?**

Muttersprachliche Programme sind ein wichtiges Zeichen, um Menschen mit Migrationshintergrund das Gefühl zu vermitteln, dass sie und ihre Mehrsprachigkeit akzeptiert werden und Wertschätzung erfahren. Sendungen in Herkunftssprachen sind Teil der Willkommenskultur.

Zwar können Menschen mit Migrationshintergrund Sendungen in ihrer Herkunftssprache mittels Satelliten-TV und über das Internet empfangen. Diese Argumentation lässt jedoch unberücksichtigt, dass diese Empfangsmöglichkeiten nicht überall und jedem zur Verfügung stehen und dass sich Sendungen, die für die Ausstrahlung im Herkunftsland produziert werden, inhaltlich zwangsläufig auf die Lebenswirklichkeiten des jeweiligen Landes beziehen. Gerade durch die hiesigen muttersprachlichen Sendungen können Inhalte der deutschen Lebenswelt, verbunden mit einem Blickwinkel, der sich auf die Lage der Menschen mit Migrationshintergrund bezieht, transportiert werden. Muttersprachliche Sendungen sind damit relevant für die Integration und in einer pluralistischen Gesellschaft unabdingbar.

Allerdings trafen SWR und BR die Entscheidung, ab 2003 im Bereich der Hörfunkprogramme keine muttersprachlichen Sendungen mehr auszustrahlen. Damit wurde die bundesweite Ausstrahlung der Hörfunkprogramme für Migrant/innen in den Herkunftssprachen in einem ersten Schritt eingeschränkt.

Etat-Kürzungen führten beim HR ebenfalls dazu, dass der Betrieb der Mittelwelle eingestellt wurde. Damit fielen hauptsächlich herkunftssprachliche (italienisch, türkisch, griechisch, russisch, serbisch, spanisch und polnisch) Sendungen ersatzlos weg, die zuvor mit einer Sendezeit von 3,5 Std täglich ausgestrahlt worden waren.

Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/innen sollte aus Sicht der agah jedoch genutzt und vorhandene Strukturen beibehalten werden. Allerdings sollte das Selbstverständnis der ehemals so genannten Ausländerredaktionen im Hinblick auf die Veränderung des Publikums reagieren und diese Änderung wiederspiegeln. Die ehemaligen Ausländerredaktionen müssen ihr Spartendasein ablegen und überredaktionell Beiträge erstellen und anbieten können.

5. **Wie wirkt sich die Nutzung von muttersprachlichen Medienangeboten auf die Integration aus?**

Gelungene Integration zeichnet sich auch dadurch aus, dass auf dem Weg dorthin alle Mitglieder der Gesellschaft mitgenommen und angemessen beteiligt werden. Die Rundfunk- und Fernsehsender sollen und müssen diesen Weg begleiten, möglichst im Sinn eines medialen Vorbilds. Die Berücksichtigung der Interessen von Migrant/innen und multiethnischer Fragestellungen sowie Bemühungen um und Chancen der Integration dürfen in ihren Angeboten daher nicht vernachlässigt werden. Öffentlich-rechtliche Verantwortung wächst den Rundfunk- und Fernsehsendern von einer multiethnischen Gesellschaft ohnedies auch über die Gebühren zu.

Davon abgesehen können durch muttersprachliche Sendungen Inhalte der deutschen Lebenswirklichkeit, verbunden mit einem Blickwinkel, der sich auf die Lage der Menschen mit Migrationshintergrund bezieht, gezielt vermittelt werden.

6. Wie wird das Thema Migration und Integration mit welcher Schwerpunktsetzung in den deutschen Medien aufgegriffen?

Grundsätzlich sollten Zuwandere/innen nicht in Problemzusammenhängen dargestellt werden, sondern im Kontext eines medial vermittelten Alltagsbildes. Es ist zu betonen, dass die deutsche Mehrheitsbevölkerung stärker für die Entwicklung hin zu einer multiethnischen Gesellschaft, in der kulturelle Vielfalt und Unterschiede ihre selbstverständlichen Plätze einnehmen, sensibilisiert werden muss. Dazu gehört es auch, Vorurteilen entgegen zu wirken. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen in den Medien daher nicht ausschließlich als Randerscheinung von „pathologisch-kriminellen Rändern der Gesellschaft" behandelt werden. Ebenso wenig sollen Rassismus und Antisemitismus nicht nur auf ein rechtsextremes Phänomen reduziert werden, sondern auch indirektere und strukturelle Formen sind in den Medien zu thematisieren.

Die agah spricht sich daher für die Initiierung einer gemeinschaftlichen Selbstverpflichtung von Landesregierung, Parteien, Verbänden, Institutionen und Medien aus, um Migration und Integration sachorientiert zu thematisieren und keine Stereotype zu bedienen, die Rassismus fördern. In diesem Zusammenhang ist auf den Erlass des HMdIuS „Schutz nationaler Minderheiten vor der Verwendung diskriminierender Minderheitenkennzeichnungen durch Polizeibehörden" hinzuweisen. Verschiedene Presseberichte des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2009, bei denen die Nationalität der Tatverdächtigen wiederholt namentlich genannt wurde und dies unter ermittlungsrelevanten Aspekten nicht nachvollziehbar war, nahm die agah zum Anlass, im Kontext mit dem genannten Erlass eine Klärung herbeizuführen. Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass auch die der Verankerung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und Diskriminierungsverbote im hessischen Medienrecht (Gesetz über den Hessischen Rundfunk, Hessisches Privatrundfunkgesetz, Hessisches Pressegesetz) überaus wichtig sind.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anregungen Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüßen

Corrado Di Benedetto
(Vorsitzender)